

Vorwort

Liebe Interessierte an Grüner Politik,

Grüne Wahlerfolge und steigende Umfragewerte zeigen deutlich die gewachsene Akzeptanz und Wertschätzung der politischen Arbeit unserer Partei. Unser Motto „Global denken – lokal handeln“ leitet vor allem unser kommunalpolitisches Engagement. Bürgernähe, Transparenz und Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger - auch über den Wahltag hinaus - bilden das Fundament unserer politischen Arbeit vor Ort.

Wir wollen wachsen, denn unsere Kommunen brauchen Grün; Grüne Ideen, Grüne Politik und Grüne Vertreterinnen und Vertreter in den Gremien. Die Herausforderungen, vor denen die Kommunen stehen, sind riesig. Der Klimawandel und die demografische Entwicklung sind nur zwei Beispiele aus dem Katalog der Zukunftsaufgaben unserer Gemeinden. Wir Grüne sind davon überzeugt, dass politische Maßnahmen trotz der globalen Dimension eines Problems auch im Kleinen wirksam sind. Darum ist es wichtig, dass die Kommunen sich dieser Herausforderungen annehmen und handeln.

Wir wollen die Forderungen der Agenda 21 auf die Kommunen herunter brechen. Das bedeutet, dass geordnete Schrumpfungsprozess in allen klimaschädlichen Bereichen eingeleitet werden müssen und auf die Ausdehnung bestimmter Branchen, zum Beispiel auf Erneuerbare Energien und ökologische Landwirtschaft sowie auf Bildung und das Gesundheitswesen gesetzt werden muss. Verschwenderischen Umgang mit Ressourcen können wir uns ökologisch wie ökonomisch betrachtet nicht mehr leisten. Hierzu gehört auch die Begrenzung der Flächenversiegelung, die durch die Ausweisung immer neuer Bau- und Gewerbegebiete entsteht.

Im Landkreis Nienburg ist täglich die Vielfalt einer modernen Gesellschaft sichtbar. Wir können sozial und wirtschaftlich nur erfolgreich sein, wenn wir die vorhandene Vielfalt anerkennen und nutzen. Landkreis und Stadt Nienburg sind ausgezeichnet als „Orte der Vielfalt“. Diese Auszeichnung wollen wir täglich neu erringen durch ein Miteinander, das von gegenseitigem Respekt und der Wertschätzung jedes/jeder Einzelnen geprägt ist – unabhängig von Geschlecht, Rasse, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität.

Die lokale Demokratie lebt von der Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an den örtlichen Entscheidungen und an der praktischen Gestaltung des Gemeinwesens. Gemeinden, Städte und Kreise brauchen das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger mehr denn je.

Der Kreisvorstand

Inhaltsverzeichnis:

Vorwort	
Transparenz und Beteiligung	S. 4
Kommunale Finanzen	S. 4
Bildung ist Zukunft	S. 6
Kinder in den Mittelpunkt – von Anfang an	
Schule – neu denken, anders lernen	
Wegbereiter in den Arbeitsmarkt	
Kinder- und Jugendpolitik	S. 10
Kulturpolitik	S. 12
Soziokulturelle Vielfalt	S. 13
Kommunale Integration	S. 14
Soziale Gerechtigkeit	S. 16
Sozialpolitik	
Soziale Kompetenzen vor Ort	
Arbeitsmarktpolitik	
Medizinische Versorgung	
Frauenpolitik	S. 19
Regionalentwicklung	S. 23
Klimaschutz und Energie	S. 25
Wirtschaftsförderung	S. 28
Landwirtschaft	S. 29
Natur- und Landschaftsschutz	S. 32
Wasserwirtschaft	S. 33
Mobilität	S. 34

Beteiligung und Transparenz

Mehr Transparenz durch kommunale Informationsfreiheitssatzung

Wir wollen eine möglichst breite Beteiligung aller Einwohner/innen an den politischen Entscheidungsprozessen des Landkreises. Hierzu ist es erforderlich, dass nicht nur die Kreistags- und Ausschusssitzungen grundsätzlich öffentlich tagen, sondern es muss auch sicher gestellt sein, dass alle Akten und Dokumente des Landkreises in seinem eigenen Wirkungskreis grundsätzlich allen Einwohner/innen auf Antrag ohne Angabe von Gründen zugänglich gemacht werden. Nur durch Einblicke in Akten und Vorgänge kann echte Beteiligung ermöglicht werden. Wir setzen uns daher ein für eine kommunale Informationsfreiheitssatzung nach dem Vorbild vieler bayrischer Kommunen und wie es das zum 01.01.2006 in Kraft getretene Informationsfreiheitsgesetz des Bundes vorsieht.

Kommunale Finanzen

Gewerbsteuer zu kommunaler Wirtschaftssteuer entwickeln

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine angemessene und aufgabengerechte finanzielle Ausstattung der Kommunen. Grüne stehen zu einer Beteiligung der örtlichen Wirtschaft an der Finanzierung der kommunalen Daseinsvorsorge und wollen die Gewerbesteuer daher zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer weiterentwickeln. Dazu muss die Bemessungsgrundlage durch Hinzurechnung von Zinsen, Mieten, Pachten, Leasingraten, Lizenzen erweitert werden und auch Freiberufler/innen einbeziehen. Nur so werden wir eine Verstetigung der Einnahmen und faire Wettbewerbsbedingungen erreichen. Der Landkreis Nienburg und seine Kommunen sind hoch verschuldet und haben nur einen geringen finanziellen Spielraum. Deshalb ist es im Sinne einer nachhaltigen Haushaltspolitik umso wichtiger, eindeutige Prioritäten zu setzen für langfristig kostenmindernde Investitionen und Maßnahmen.

Prioritäten für nachhaltige Politik setzen: Bildung und Betreuung, wirtschaftliche Entwicklung und Energiesparprogramme

Nachhaltige Haushaltspolitik beinhaltet für GRÜNE:

- Ganztagsbetreuungsangebote und Förderung für Kinder und Jugendliche
- Sprach- und Bildungsangebote - auch für Migrant/innen
- Entwicklung regionaler wirtschaftlicher Potentiale durch Wertschöpfungsketten für regionale Produkte
- Energiesparprogramme

Beschaffungswesen an „faire“ Herstellungsbedingungen knüpfen

- Weiterentwicklung alternativer Energienutzung
- Faire Beschaffung: Bei allem Kostendruck muss der Landkreis Nienburg sicher stellen, dass keinerlei Produkte angeschafft werden, die unter menschenunwürdigen ausbeuterischen Bedingungen hergestellt worden sind.

Freiwillige Leistungen nicht weiter kürzen

Ebenso notwendig wie eine nachhaltige Haushaltspolitik ist eine nachhaltige Wirtschaftsförderung. Beides sind wesentliche Standbeine einer GRÜNEN Standortstrategie. Der Landkreis muss seine Ausgaben kritisch auf den Prüfstand stellen. Aber auch dann ist eine Entschuldung aus eigener Kraft unter den derzeitigen Rahmenbedingungen der kommunalen Finanzierung nicht vorstellbar. In den vergangenen Jahren war es im Zusammenhang mit unterfinanzierten Haushalten immer wieder Praxis, die sogenannten „freiwilligen Leistungen“ als vermeidbaren Kostenfaktor einzuschränken oder ganz aufzuheben. Der seit Jahren finanziell sehr zurückgefallene Anteil der freiwilligen Leistungen am Gesamthaushalt rechtfertigt keine weiteren Streichungen. GRÜNE setzen sich stattdessen für eine Optimierung der Verwaltung ein. Dazu gehört es, soziale Leistungen nach Möglichkeit auf freigemeinnützige Vereine und nicht gewinnorientierte Träger zu übertragen. Aufgaben der Daseinsvorsorge wie Abfallwirtschaft und Energie- und Wasserversorgung müssen in kommunaler Steuerung verbleiben und dürfen nicht an privatrechtlich organisierte und renditeorientierte Unternehmen abgetreten werden.

Soziale Leistungen an Vereine und nicht gewinnorientierte Träger übertragen

Aufgaben der Daseinsvorsorge in kommunaler Verantwortung lassen

- GRÜNE wenden sich gegen die Auslagerung von Aufgaben an Vereine und Gesellschaften, wenn gleichzeitig die kommunale Steuerung gewollt wird.
- Bei kommunalen Eigenbetrieben setzen sich die GRÜNEN für öffentliche (mindestens kreistagsöffentliche) Gremiensitzungen ein. Kommunen müssen sich auf Kernaufgaben besinnen und nicht alles an sich ziehen, um es dann auszulagern.
- Mittels eines „Bürger/innenhaushalts“ wollen wir die Haushaltsberatungen des Landkreises transparent gestalten und allen Einwohner/innen die Möglichkeit geben, ihre Vorschläge zu Einsparungen und Mehrausgaben frühzeitig in die Beratungen einzubringen.
- Kommunen müssen sich als Gestalter der Daseinsvorsorge

Mehr Transparenz und Bürger/Innenbeteiligung bei Eigenbetrieben ermöglichen

Bürger/innenhaushalt etablieren

und als strategischen Manager sozialen Interessenausgleichs verstehen.

Bildung ist Zukunft

Ausgaben für die Bildung sind Investitionen in die Zukunft

Ausgaben für die Bildung sind Investitionen in die Zukunft, sie sind auch der Schlüssel zu mehr sozialer Gerechtigkeit und Armutsprävention.

Die Übernahme einiger freiwilliger Leistungen durch Bundesmittel aus dem sogenannten Bildungspaket darf nicht dazu führen, dass bereits vorhandene kommunale Leistungen in diesem Bereich gestrichen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Gelder tatsächlich den benachteiligten Kindern zugutekommen und nicht nur zu einem Verrechnungsposten zwischen den öffentlichen Haushalten werden.

Kinder in den Mittelpunkt – von Anfang an

Eltern benötigen während der Schwangerschaft und nach der Geburt ihres Kindes umfassende Angebote für Beratung und Erziehungshilfen. Familienhebammen können hier einen wichtigen Beitrag zu einem geglückten Start ins Leben leisten.

Familienhebammen als Bindeglied zwischen Jugendamt und Familien verstehen

- Um Berührungängste abzubauen und um den Fachbereich Jugend als eine Einrichtung vorzustellen, bei der Familien Rat und Hilfe finden, sollte bei jeder Familie nach der Geburt eines Kindes mindestens ein Besuch durch eine vom Jugendamt angestellte Familienhebamme erfolgen.
- Bei dieser Gelegenheit werden die Familien umfassend über Hilfsangebote und Kontaktstellen informiert

Ausbau der Betreuungsplätze für U 3 vorantreiben

Wir begrüßen, dass es ab 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz für Unter-3jährige gibt. Um diesen Rechtsanspruch erfüllen zu können, bedarf es weiterer Anstrengungen beim Ausbau der Betreuungsplätze in allen Kommunen im Landkreis.

Ganztags-Betreuungsplätze für alle Vorschulkinder zur Verfügung stellen

- Der Landkreis ist hier gefordert, diesen Ausbau zu unterstützen und voran zu treiben. Nicht zuletzt ist eine gute Betreuungsinfrastruktur auch ein wichtiger Standortvorteil, um den Landkreis für junge Familien attraktiv zu machen.

- Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, fordern wir, hier wie im Kindergartenbereich grundsätzlich Ganztagsplätze zur Verfügung zu stellen.

**Höhere
Qualitätsstandards
in den Kitas durch
Qualifizierung
erreichen**

Wir setzen uns dafür ein, dass in den Einrichtungen für Kinder besondere Qualitätsstandards gelten, sowohl bei der Betreuung durch gut qualifiziertes und vor allem ausreichendes Personal als auch bei den Bildungskonzepten.

- GRÜNES Ziel ist es, den Personalschlüssel in den Krippen in einem ersten Schritt auf eine pädagogische Fachkraft für höchstens 5 Kinder zu verbessern.
- Der Personalschlüssel in Kita-Gruppen für 3-bis 6-Jährige soll auf eine pädagogische Fachkraft für höchstens 10 Kinder erhöht werden.
- Hierzu ist vom Land und vom Bund ein finanzieller Ausgleich zu schaffen. Damit alle Kinder die kommunalen Einrichtungen besuchen können, legen wir Wert auf sozial ausgewogene Gebühren (einkommensabhängig), wobei das Ziel der gebührenfreien Kinderbetreuung anzustreben ist.
- In Kindertageseinrichtungen können alle Familien mit Hilfs- und Bildungsangeboten erreicht werden. Wir möchten diesen Aspekt mehr in den Vordergrund stellen. Kitas sollen zum Ort der Begegnung werden und bei Bedarf – nach den erfolgreichen Vorbildern der englischen Early Excellence Centers und der Landeshauptstadt Hannover – schrittweise um den Bereich der Elternbildung und -beratung erweitert und zu Familienzentren weiter entwickelt werden.

**Kitas bei Bedarf zu
Familienzentren
weiter entwickeln**

Unser besonderes Augenmerk gilt Kindern aus benachteiligten Familien sowie Kindern mit Migrationshintergrund, die fast überall einen wachsenden Anteil aller Kinder darstellen. Integration und Spracherwerb fallen Kindern noch sehr viel leichter als Erwachsenen.

**Integration als
ständige
Herausforderung
annehmen**

- Darum ist es besonders wichtig, die Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen auf die Herausforderung 'Integration' besser vorzubereiten und Familien mit Migrationshintergrund zu ermutigen, die Angebote wahrzunehmen und sich an der Elternarbeit zu beteiligen.

Schule – neu denken, anders lernen

**Allen Kindern gleiche
Bildungschancen
ermöglichen**

In Deutschland ist der Schulerfolg in hohem Maße von Bildungsgrad und Einkommen der Eltern abhängig. Dies wird durch die Vormittagsbeschulung zementiert. Hausaufgabenbetreuung und die Nutzung außerschulischer Angebote bleibt so den Familien überlassen und findet in „bildungsfernen“ Haushalten kaum statt. Dadurch werden insbesondere auch Kinder aus Zuwandererfamilien benachteiligt und ihre Potentiale können nicht ausreichend entwickelt werden.

**Ganztagschule mit
Mittagstisch und
sozialpädagogischer
Betreuung anbieten**

- Wir fordern daher ein schulisches Ganztagsangebot.
- Wir sprechen uns dafür aus, dass alle Kinder möglichst lange gemeinsam lernen. Aufteilen nach Klasse 4 oder das Aussortieren von Kindern mit Beeinträchtigungen halten wir für einen Fehler.
- Auch kostenloses gesundes Mittagessen und sozialpädagogische Betreuung sind Bestandteil unseres Schulkonzepts.
- Um allen Kindern eine optimale Förderung zukommen zu lassen, setzen wir auf Kooperationen mit regionalen Partner/innen aus Kultur, Sport, Wirtschaft und anderen Verbänden und Vereinen sowie auf die Einbeziehung der Eltern,
- Grundschulen können zu „Kristallisationspunkten“ des kommunalen Gemeinschaftslebens entwickelt und damit zu einem wichtigen Standortfaktor im ländlichen Raum werden.

**Schulen als Stätten der
Begegnung organisieren**

**Die Grundschulen
möglichst im Dorf lassen**

- Kleine Grundschulen vor Ort sollen möglichst erhalten bleiben. Hier gilt auch heute noch ‚Kurze Beine- kurze Wege! ‘
- Vor allem in kleinen Gemeinden müssen wir die Eltern für diese Idee begeistern, so dass sie ehrenamtlich ihre Schule mitgestalten und pflegen.
- Altersgemischte Lerngruppen und Bereichsschulleitungen sind weitere Möglichkeiten, Grundschulen auch in kleinen Orten erhalten zu helfen. Dabei müssen die Schulen die Möglichkeit haben, eigenverantwortlich zu handeln und sich somit regional zu verankern.
- Selbstverständlich müssen alle Kinder die Möglichkeit

Kinder mit besonderem Förderbedarf an den Regelschulen unterrichten

haben, gemeinsam dieselbe Schule zu besuchen. Für die GRÜNEN ist Inklusion nicht erst seit Inkrafttreten der Behindertenrechtskonvention, 2009, der richtige Weg. Hierfür müssen die Schulträger und Sozialhilfeträger die notwendigen räumlichen und personellen Ressourcen zur Verfügung stellen.

Beratungszentren zur Umsetzung von Inklusion schaffen

- Darüber hinaus setzen wir uns ein für die Einrichtung von Unterstützungs- und Beratungszentren für Eltern und Schulen, um Vorbehalte abzubauen und die Umsetzung von Inklusion voranzubringen.

Eine Schule für alle – Die Integrierte Gesamtschule im Landkreis umsetzen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten das neue Schulkonzept aus Oberschule und Gymnasium für falsch. So wie fast überall auf der Welt, sollten auch in Deutschland alle Kinder möglichst lange gemeinsam lernen. Das ermöglicht im deutschen Bildungssystem nur die integrierte Gesamtschule.

- Auch wenn im Kreis Nienburg 2009 die von der CDU geführte Kreistagsmehrheit eine Elternbefragung zur Einführung einer IGS abgelehnt hat, werden wir uns weiter für dieses Schulangebot mit vorausgehender Elternbefragung im Landkreis einsetzen.

Wegbereiter in den Arbeitsmarkt

In den Schulen wird der Grundstein für eine erfolgreiche Ausbildung gelegt. Schon jetzt gibt es in vielen Berufen einen Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern, aber dennoch werden in jedem Jahr unzählige Jugendliche in Warteschleifen geparkt. Die kommunalen Handlungsmöglichkeiten sind hier begrenzt, aber gute Kontakte zu Betrieben vor Ort und die Stärkung der regionalen Wirtschaft sowie die nicht zu unterschätzende Vorbildfunktion der Verwaltungen können wichtige Impulse setzen.

Ein breit gefächertes Ausbildungsangebot an der BBS Nienburg erhalten

- Wir wollen an der BBS Nienburg ein breit gefächertes, gut aufgestelltes Ausbildungsangebot für unsere Region erhalten. Dadurch bleibt der Ausbildungsstandort für Auszubildende und für die Wirtschaft attraktiv.
- Zur Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit und der Berufsorientierung der Schulabgänger ist die Zusammenarbeit zwischen den Allgemeinbildenden Schulen, den Berufsbildenden Schulen, der Wirtschaft und

dem Arbeitsamt vom Landkreis begleitend zu unterstützen.

Mehr Kooperationen nach dem „Neustädter Modell“ einrichten

- Dafür ist die sozialpädagogische Betreuung auch an den Berufsbildenden Schulen zu verbessern.
- Kooperationsmodelle zwischen Schule und BBS nach dem Vorbild des „Neustädter Modells“ sind nach der Einführung in Steimbke und den dort gesammelten positiven Erfahrungen auch für andere Schulstandorte im Landkreis anzustreben.

Kinder- und Jugendpolitik

Vielfalt jugendlicher Lebenslagen in den Blick nehmen

Eine gute Jugendpolitik nimmt die ganze Vielfalt jugendlicher Lebenslagen in den Blick. Sie findet sich nicht damit ab, dass Jugendliche als „nicht ausbildungsfähig“ gelten und sucht die Verantwortung dafür bei anderen als den Jugendlichen selbst. Sie unterstützt und befähigt diejenigen jungen Menschen, die mit den gesellschaftlichen Anforderungen überfordert sind. Eine gute Jugendpolitik wendet sich jedoch auch an alle Jugendlichen, gibt ihnen die Freiräume, die sie brauchen, um Verantwortung und Kreativität zu erlernen.

Jugendlichen Freiräume bereit stellen

Im Landkreis Nienburg bereitet die seit Jahren in Untersuchungen vermerkte große Anzahl von Schulabbrechern sowie die Anzahl der nicht in den Arbeitsmarkt vermittelbaren Jugendlichen Sorgen. Das trifft auch zu auf die Anzahl (sexuell) misshandelter Kinder und Jugendlichen und die wachsende Anzahl von Familien, die aufgrund verschiedenster Umstände Hilfen zur Erziehung dringend benötigen. Problematisch ist sicher auch der überproportionale Anteil Alleinerziehender im Landkreis.

Planvoll auf Qualität und Nachhaltigkeit der Angebote und Hilfen achten

Eine gute Politik für Kinder und Jugendliche ist eine, die planvoll vorgeht, auf die Qualität und Nachhaltigkeit der Angebote und Hilfen achtet und weiß, dass nur eine solche Herangehensweise auch die kommunalen Haushaltsmittel schont.

Die Kosten ergeben sich aus der Wirksamkeit bzw. Nachhaltigkeit der gebotenen Hilfen, nicht in erster Linie aus deren Preis. Was heute gewählt wird, weil es billig ist, kann morgen die kommunalen Haushalte auf Grund der Wirkungslosigkeit solcher Hilfen belasten.

Der nachhaltige Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Misshandlungen, die gezielte Förderung in Krippen,

Nachhaltigen Schutz von Kindern und Jugendlichen als zentrale Aufgabe verankern

Kindergärten und Schulen, die Sicherung des Zugangs zu den notwendigen Hilfen auch für Familien mit niedrigem Einkommen und die planvolle Zusammenarbeit mit den Schulen, die zukünftig als Ganztagschulen den Raum für eine umfassende Bildung, Betreuung und Förderung bieten (werden), sehen wir als die zentrale Aufgabe für die Jugendhilfe im Landkreis an.

Zusammenarbeit mit Schulen fördern

Damit ein solches schulisches Ganztagsangebot nicht in Konkurrenz tritt mit der Arbeit von Vereinen und Verbänden, ist eine grundlegende Änderung der Strukturen erforderlich. Statt selber teure Nachmittagsangebote aufzuwenden, muss die Schule die Rolle des Lotsen übernehmen und gezielt die Sozialraumorientierung von Kindern und Jugendlichen bezogen auf die Gegebenheiten vor Ort befördern. In der Schule müssen alle Akteure der Jugendhilfe die Möglichkeit erhalten, sich zu präsentieren, Berührungspunkte abzubauen und Interesse zu wecken. Im verpflichtenden Rahmen von Schule können auch Kinder und Jugendliche Vereinsarbeit kennen lernen und Lust am eigenen Engagement entdecken, denen diese Art der Freizeitgestaltung aus verschiedensten Gründen sonst fremd bleiben würde.

GRÜNE werden sich somit im nächsten Kreistag insbesondere für Programme, Projekte und Maßnahmen einsetzen, die

Kulturelle, ethnische und soziale Defizite ausgleichen

- geschlechtergerecht sind sowie kulturelle, ethnische und soziale Defizite ausgleichen
- die integrativ ausgerichtet sind und den Zielvorstellungen der Inklusion gerecht werden,
- die die Eigenverantwortlichkeit von Kindern und Jugendlichen fördern und die ihnen die räumlichen und finanziellen Möglichkeiten zur Verfügung stellen, eigene Ziele zu verfolgen.

GRÜNE werden gleichzeitig angesichts der angestiegenen Kosten dieses Bereichs und seines gewachsenen Anteils an den Gesamtausgaben des Kreises darauf drängen,

Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der Leistungserbringung auf den Prüfstand stellen

- die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit aller Hilfen und Programme zu prüfen und die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit zu einem Kriterium der Mittelvergabe machen

- die Kosten der Maßnahmen und Projekte zu erfassen und dabei besonderes Augenmerk auf die (auch kommunalen) Kosten der Leistungserbringung legen.

Kulturpolitik

Kultur als Grundlage für ein lebendiges Gemeinwesen fördern

Kultur und Kunst ermöglichen uns einen neuen Blick auf die Welt. Doch dafür braucht es eine lebendige Kulturszene, Künstlerinnen und Künstler, die breite Unterstützung finden für ihre Arbeit – materiell und ideell. Es braucht Räume wie Theater, Kinos, Museen, Festivals, aber auch Bibliotheken und Sportplätze, Cafés, Jugendhäuser, Proberäume, Kulturinitiativen, Märkte und vieles mehr.

Kulturpolitik ist Friedenspolitik

Kultur boomt dort, wo Kreative sich frei entfalten können und zieht Szene, Gäste und neue Bewohnerinnen und Bewohner an. Eine lebendige Kulturszene ist ein bedeutsamer Standortfaktor. Orte ohne vielfältige kulturelle Angebote drängen insbesondere junge Menschen an den Rand und riskieren gesellschaftliche Desintegration, wie Rechtsextremismus und Demokratiefeindlichkeit. Kulturpolitik ist deshalb auch Friedenspolitik. Sie gibt wichtige Impulse für die Entwicklung des politischen Denkens und Handelns und für das Selbstverständnis unserer Gesellschaft.

Finanzielle Mittel für den Kulturbereich ungekürzt erhalten

Aus all diesen Gründen darf Kultur nicht die Verliererin der Finanz- und Wirtschaftskrise werden, deshalb dürfen die bisherigen finanziellen Leistungen nicht weiter gekürzt werden.

Erreichbarkeit für alle schaffen

- Kunst und Kultur muss für alle erreichbar sein, unabhängig von Wohnort, Geldbeutel, Herkunft oder Behinderung. Wir wollen Zugangsgerechtigkeit und Teilhabe für alle.
- Wir unterstützen daher Angebote wie den Theaterbus, Last-Minute-Tickets, etc.
- In kleinen Städten ist die Vielfalt des kulturellen Angebots genauso bedroht, wie im ländlichen Raum. Wir müssen die Kommunen in ihrer Verantwortung für die kulturelle Infrastruktur stärken, damit die Kreativitätspotentiale vor Ort genutzt werden können.

Lebendige flächendeckende kulturelle Vielfalt erhalten

„Kultur von unten“ - kleine Einrichtungen und Initiativen vor Ort unterstützen

- Wir wollen vor allem die kulturelle Vielfalt und Breitenkultur bewahren und intensivieren und für ein besseres Gleichgewicht zwischen den unterschiedlichen Angeboten und Institutionen sorgen.

- Wir begreifen kulturelle Verständigung als Schlüssel für ein zusammenwachsendes Europa und für den notwendigen "Dialog der Kulturen" weltweit. In unserer multikulturellen Gesellschaft kommt der interkulturellen Kulturarbeit daher eine besondere Bedeutung zu.

Soziokulturelle Vielfalt

Rechtsextremismus, Antisemitismus, Antiziganismus, und jede Form des Rassismus dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben, weder in Nienburg noch anderswo.

Soziokulturelle Vielfalt für eine demokratische, bunte Zivilgesellschaft

Beitritt der Kommunen in den WABE-Verein anstoßen

Erinnerungsarbeit leisten und unterstützen

- Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Landkreis Nienburg als Gründungsmitglied von WABE e.V. die Basis dafür gelegt hat, dass das Engagement für eine demokratische und vielfältige Zivilgesellschaft in der Mittelweserregion auf eine breite und dauerhafte Basis gestellt wird.
- Dieses Engagement wollen wir fortsetzen und weitere Kommunen und Vereine im Landkreis Nienburg dazu ermutigen, dem WABE-Bündnis beizutreten.
- Ein wichtiges Element, um rechtsextremen Tendenzen vorzubeugen, ist eine intensive Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte im Landkreis Nienburg. In diesem Zusammenhang wird von vielen unterschiedlichen Gruppen bereits hervorragende Arbeit geleistet. Wir wollen diese Erinnerungsarbeit unterstützen. Insbesondere den Aufbau der Gedenkstätte Pulverfabrik in Liebenau wollen wir auch weiterhin durch den Landkreis fördern.

Wir wollen den Fokus nicht nur auf den manifesten Rechtsextremismus, sondern auch auf gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rassismus in der so genannten „Mitte der Gesellschaft“ legen. Viele Studien zeigen, dass rechtsextreme Einstellungen in allen gesellschaftlichen Gruppen und Schichten zu finden sind.

Das Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ fördern

- In diesem Zusammenhang begrüßen wir es, dass sich auch im Landkreis Nienburg bereits Schulen erfolgreich um den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ bemüht haben und so einen wichtigen Baustein beitragen, um menschenverachtenden Einstellungen

entgegenzutreten. Wir wollen weitere Schulen ermuntern, sich diesem Schulnetzwerk anzuschließen.

Die „Charta der Vielfalt“ in Betrieben und eigenen Einrichtungen umsetzen

Die „Charta der Vielfalt“ ist eine Unternehmensinitiative zur Förderung von Vielfalt in Unternehmen. Sie „will die Anerkennung, Wertschätzung und Einbeziehung von Vielfalt in der Unternehmenskultur in Deutschland voranbringen. Unternehmen sollen ein Arbeitsumfeld schaffen, das frei von Vorurteilen ist. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen Wertschätzung erfahren – unabhängig von Geschlecht, Rasse, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität. Mit einer Unterzeichnung bekennen sich die Unternehmen zum wirtschaftlichen Nutzen von Vielfalt und zu Toleranz, Fairness und Wertschätzung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.“

(www.vielfalt-als-chance.de).

- Der Landkreis als „Ort der Vielfalt“ sollte beispielgebend sein und seine Unternehmer/innen und eigenen Einrichtungen zur Unterzeichnung auffordern.

Kommunale Integrationspolitik

Integration als ständigen Prozess verstehen

Da fortwährend Neuzuwanderer nach Deutschland kommen, muss Integration als anhaltender und dynamischer Prozess verstanden werden. Die Stärkung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist für unsere Städte und Gemeinden eine entscheidende Zukunftsaufgabe. Integrationspolitik funktioniert nur, wenn sie von Migrant/innen mitgestaltet wird. Im Landkreis Nienburg gibt es ein gut funktionierendes Integrationsnetzwerk, in das Vereine, Verbände, Migrant/innen-Organisationen, Bildungsträger und Politik eingebunden sind. Der Fachdienst Familie und Integration hat gute Ansätze entwickelt, um die Integration von Migrant/innen im Landkreis zu optimieren.

Integrationslots/innen als verlässliche Ansprechpartner/innen implementieren

Dennoch sind spezifische Lücken aufzuarbeiten.

So werden Integrationslots/innen ausgebildet, die Menschen mit Migrationshintergrund bei Bedarf bei ihren spezifischen Problemlagen unterstützen und kulturell vermittelnd tätig werden.

Für den ausgebildeten Personenkreis sollten Mittel zur

Verfügung gestellt werden, die ihm eine beständige Arbeit erlauben. Er sollte behördlich verankert und als Honorarkräfte-Pool verfügbar sein.

Letzteres gilt ebenfalls für die Personen, die über das MiMi-Gesundheitsprojekt (Gesundheit mit Migranten für Migranten) ausgebildet wurden.

Sprachliche Kompetenzen nutzen

Bei aller Notwendigkeit, die deutsche Sprache zu beherrschen, stellen die Fähigkeiten in den Muttersprachen Kompetenzen dar, die besser genutzt werden müssen. Es ist von Vorteil, wenn wir in den Ämtern und Behörden mehr Menschen einstellen, die Türkisch, Kurdisch, Russisch oder weitere Sprachen sprechen. So könnten viele Probleme in gegenseitigem Verstehen besser und schneller gelöst werden.

Interkulturelle Präsenz in Beratungseinrichtungen fördern

Auch im Bereich der Alten- und Krankenversorgung sowie in Beratungsstellen in der Kinder- und Jugendarbeit ist mehr interkulturelle Präsenz, aber auch Kompetenz aller Mitarbeiter/innen nötig.

Gendergedanken fördern

In manchen Migrant/innen-Familien unterscheiden sich die Vorstellungen über das Rollenverhalten der Geschlechter von denen der Mehrheitsgesellschaft. Dies wirkt sich natürlich auch auf die Erziehung der Töchter und Söhne aus. Hier ist die Vermittlung des Gendergedankens besonders gefragt.

Integrationspolitik an Leitlinien ausrichten

Für den Landkreis Nienburg gelten insbesondere folgende Leitlinien: Beteiligung ermöglichen, Sprachkompetenz vermitteln und nutzen:

Migrant/innen an Entscheidungsprozessen beteiligen

- Migrant/innen an Entscheidungsprozessen beteiligen und in die kommunalen Entscheidungsabläufe einbinden, z.B. durch Berufung beratender Mitglieder in Ausschüsse und durch Beitritt zur Initiative „Kommunales Wahlrecht für alle“
- Für Zugewanderte eine Willkommenskultur etablieren
- Die muttersprachlichen Kompetenzen der Migrant/innen auf allen Ebenen für alle Beteiligten nutzen (z.B. interkulturelle Öffnung der Verwaltung, siehe auch Charta der Vielfalt)

Den Dialog zwischen den Kulturen vertiefen

- Den Dialog mit kulturellen und religiösen Migrant/innenorganisationen vertiefen
- Bürgerschaftliches Engagement von Migrant/innen fördern

Sprachförderkurse für Jugendliche einrichten

- Schulübergreifende Förderkurse einrichten, in denen schulpflichtige jugendliche Zuwanderer von Beginn an Deutsch lernen können
- (Muttersprache als Prüfungsfach an Schulen zulassen)
- Zentrale Anlaufstelle zur Anerkennung von Bildungsabschlüssen einrichten

Die Lebenssituation für Flüchtlinge durch Sprachförderung verbessern

Flüchtlinge sollen frühzeitig in Integrationsmaßnahmen eingebunden werden. Zudem setzen wir uns bewusst und gezielt für die Hilfe und Betreuung von Migrant/innen ohne Aufenthaltsstatus („Papierlose“) ein, damit ihre elementaren Überlebensrechte und ihre Menschenwürde gesichert werden und sie dabei unterstützt werden, Wege aus dem unregelmäßigen Aufenthalt zu finden. Die Kommune muss

- sich den eigenen Flüchtlings-Härtefällen zuwenden und Farbe bekennen. Entweder in einer kommunalen Härtefallkommission oder im Integrationsrat bzw. -ausschuss
- „Papierlose“ unterstützen, um ihnen Wege aus der Irregularität zu ermöglichen
- Asylbewerber/innen die Teilnahme an normalen Integrationskursen ermöglichen, d.h. Übernahme der Kosten durch den Landkreis

Soziale Gerechtigkeit

Gleichberechtigte Teilhabe als Basis für ein gutes Gemeinwesen durch bedarfsdeckende finanzielle Mittel ermöglichen

Es ein zentrales Anliegen von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN gleichberechtigte Teilhabemöglichkeiten zu schaffen und bedarfsdeckende finanzielle Mittel für alle Menschen bereitzustellen, egal ob sie männlich oder weiblich, jung oder alt, körperlich und seelisch gesund oder beeinträchtigt, hier geboren oder Migrant/innen sind. Niemand darf von der gesellschaftlichen Teilhabe und Mitwirkung ausgeschlossen werden. Nur so kann ein friedliches Gemeinwesen entstehen. Selbstverständlich müssen die Bedingungen für ein sozial gerechtes Gemeinwesen größtenteils auf Europa-, Bundes- und Landesebene geschaffen werden. Hier wären Steuer-, Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik gefordert, die entsprechenden Weichen zu stellen. Doch auch der Landkreis ist aufgerufen, das ihm Mögliche umzusetzen. Für uns vor Ort heißt das, gezielt nach Möglichkeiten zu suchen, die Lebensbedingungen der

Hilfsbedürftigen in der Gesellschaft zu verbessern

Sozialpolitik

**Strukturpolitik pro
aktiv gestalten, statt
auf Notlagen zu
reagieren**

Kommunale Sozialpolitik darf sich nicht darauf beschränken, auf Notlagen zu reagieren, sondern muss mit einer aktiven Strukturpolitik dafür Sorge tragen, Notlagen zu vermeiden. Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung und Behinderung dürfen nicht dazu führen, dass Menschen von Armut betroffen werden. Sowohl der für nicht erwerbsfähige Menschen und die Behindertenhilfe zuständige Fachbereich Soziales als auch das Jobcenter, durch das der Landkreis gemeinsam mit der Arbeitsagentur erwerbsfähige Arbeitslose betreut, sind zentrale Einrichtungen der Daseinsvorsorge im Kreis Nienburg. Für viele Menschen, die durch Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Behinderung auf öffentliche Leistungen angewiesen sind, sind diese beiden Einrichtungen wichtige Anlaufpunkte. Daher fordern wir,

**Fachbereich Soziale
Dienste und Jobcenter
als zentrale
Dienstleister für
Menschen mit
Hilfebedarf stärken**

- dass die jeweiligen Dienstleistungen und Angebote besser als bisher auf den aktuellen Bedarf der Hilfesuchenden ausgerichtet werden und die Beratung im Interesse der Betroffenen erfolgt
- unverzichtbar ist für uns die Einrichtung einer bürgernahen allgemeinen Anlaufstelle, bei der umfassend über Ansprüche und weitergehende Angebote informiert wird und welche die Menschen bereits bei der Antragstellung berät und unterstützt. Hier sind gerade ältere Menschen oder Migrant/innen häufig überfordert.
- Auch der Internetauftritt des Landkreises sollte hinsichtlich der Bedienungsfreundlichkeit für Ratsuchende verbessert werden.

**Dienstleistungen
stärker am Bedarf der
Hilfesuchenden
orientieren**

Soziale Kompetenzen vor Ort

**Stadtteil- und
Gemeindezentren als
Kristallisationspunkte
für ein lebendiges
Gemeinwesen schaffen**

Wir setzen uns dafür ein, dass der Landkreis soziale Kompetenzen vor Ort stärkt. Er soll die Rolle des kompetenten fachlichen Partners und der Mitfinanzierung übernehmen, und so die kreisangehörigen Kommunen bei der Schaffung von zentralen Anlaufstellen für ihre Bürger unterstützen. In solchen Zentren können Haupt- und Ehrenamtliche unter Einbindung der örtlichen Vereine gemeinsam tätig werden und

Anlaufstellen besser am Bedarf und den Interessen der Bürger /innen ausrichten

- dem jeweiligen Bedarf entsprechende Angebote und Projekte entwickeln,
- soziale Beratungsangebote in freier Trägerschaft einrichten oder unterstützen
- die soziale Einbindung und Beteiligung aller dort lebenden Bürger/innen befördern
- und insbesondere auch die Interessen von Kindern und Jugendlichen, Älteren, Behinderten sowie Migrant/innen berücksichtigen.

Arbeitsmarktpolitik

Die Vorbildfunktion des Landkreises als Arbeitgeber und Auftraggeber ausbauen

Der Landkreis hat als einer der wichtigsten Arbeitgeber in der Region die Möglichkeit, beispielhaft und unmittelbar wirksam für soziale Gerechtigkeit einzustehen. Hierzu gehört

Sozial Benachteiligten eine Chance auf Berufstätigkeit bieten

- keine prekären Arbeitsverhältnisse schaffen
- bei Stellenbesetzungen sozial Benachteiligten, beruflichen Wiedereinsteigern, älteren und behinderten Menschen sowie Menschen mit Migrationshintergrund eine Chance auf Berufstätigkeit bieten
- bei der Besetzung von Dezernats- und Fachbereichsleitungsstellen qualifizierte Frauen ausdrücklicher zur Bewerbung ermutigen
- über eine enge Zusammenarbeit mit Schulen und Ausbildungsstätten gezielt qualifizierende Praktikumsplätze schaffen, um so jungen Menschen eine berufliche Perspektive zu eröffnen

Mehr Frauen in Führungspositionen

Qualifizierende Praktikumsplätze schaffen

Personalpolitik und Vergaben gendergerecht ausrichten

- die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Fremdfirmen mit der Verpflichtung zu tarifgerechter gleicher Entlohnung von Männern und Frauen verbinden
- Wirtschaftsförderung ausdrücklich und in jeder Hinsicht an sozialen, ökologischen und Genderkriterien ausrichten
- sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse für Menschen, die im sogenannten ersten Arbeitsmarkt nicht bestehen können, schaffen und fördern bzw. entsprechende Projekte freier Träger unterstützen.

Medizinische Versorgung

Durch den zunehmenden Hausärztemangel vor allem in den ländlichen Gemeinden des Landkreises ist die medizinische Versorgung von Menschen mit Mobilitätshemmnissen gefährdet.

**Medizinische
Versorgung in
häuslicher Umgebung
qualifizieren**

Den Beruf des Landarztes für junge Mediziner attraktiv zu machen, ist originäre Aufgabe von Kassenärztlicher Vereinigung und Krankenkassen.

Aber auch der Landkreis hat Möglichkeiten, die medizinische Versorgung von älteren und körperlich oder psychisch kranken Menschen in deren häuslicher Umgebung zu verbessern und so die Unterbringung in stationären Einrichtungen zu verhindern.

**Pflegestützpunkt
zu umfassender
Anlaufstelle ausbauen**

- Der neu eingerichtete Pflegestützpunkt muss zu einer umfassenden Anlaufstelle für Bedürftige weiter entwickelt und
- eine enge Zusammenarbeit mit dem sozial-psychiatrischen Dienst und den Kommunen des Landkreises etabliert werden.
- ein kommunaler Hausbesuchsdienst („Gemeindeschwester“) kann kurzfristig vor Ort den Pflege- und Hilfsbedarf ermitteln und entsprechende Maßnahmen einleiten.
- Initiativen zum generationsübergreifenden Wohnen müssen finanziell gefördert und bei Verkauf oder Vermietung kommunaler Liegenschaften bevorzugt werden.

**Generationenüber
greifendes Wohnen
fördern**

Darüber hinaus ist es Aufgabe der Kommunen, durch die Schaffung von gesundheitsförderlichen Lebensumständen zur Prävention von Erkrankungen beizutragen.

**Prävention durch gesunde
Ernährung und
Sportangebote für alle
implementieren**

- durch das Angebot von gesunder Ernährung in allen öffentlichen Einrichtungen, also Behörden, Schulen und Kindergärten
- durch ein allen Bürger/innen zugängliches Sportangebot, das ggf. über die von der Bundesregierung geplanten Bildungsgutscheine hinaus finanziell gefördert werden sollte
- sowie durch Veranstaltungen zur Gesundheitserziehung in Kindergärten und Schulen

Frauenpolitik – Geschlechtergerechtigkeit

Zur Frauenfußballweltmeisterschaft 2011 bemerkten die Medien, dass Frauen im Profifußball entschieden weniger verdienen als Männer in diesem Berufszweig. Dies sei ungerecht.

Übrigens:

Fakten über Frauen in Deutschland

In Deutschland verdienen Frauen im Schnitt 23 % weniger als Männer. 54 % aller Studierenden sind Frauen, auf 100 Professuren kommen jedoch nur 6 Professorinnen. Der Frauenanteil in Vorständen liegt bei ca. 3 %. Frauen stellen in Deutschland 70 % der Niedriglohnbeschäftigten. Frauen, selbst wenn sie die gleiche Ausbildung, den gleichen Beruf und das gleiche Alter haben wie ihre männlichen Kollegen, verdienen immer noch 12 % weniger. Jede vierte Frau würde von einem Mindestlohngesetz profitieren. Rentnerinnen bekommen durchschnittlich nur 501 € Rente im Monat, während Rentner Anspruch auf 915 € haben. Und so weiter.

(aus: 100 Jahre Internationaler Frauentag – Reader der GRÜNEN JUGEND)

Die Zunahme von Minijobs gesellschaftlich in Frage stellen

Die Erwerbstätigkeit von Frauen hat sich in den letzten 5 Jahren zwar um 4 % erhöht, jedoch sind weiblich dominierte Berufsgruppen häufiger durch Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung und niedere Einkommen gekennzeichnet. So hat sich der Anteil an Vollzeitstellen von 48 auf 27 Prozent verringert, der Anteil an Teilzeitjobs, besonders der "Minijobs", ist von 20 auf 73 Prozent gestiegen

(TNS Emnid befragte im Auftrag der Bertelsmann Stiftung 1004 Personen bundesweit vom 19. bis 21. März 2011.)

Dies vorausgeschickt stellen wir fest:

Frauenpolitik ist mehr als Familienpolitik

Frauenpolitik spielt gerade angesichts der oben benannten Fakten für Grüne nach wie vor eine zentrale Rolle. Darum können wir uns nicht damit zufrieden geben, dass in der niedersächsischen Landespolitik die Frauenpolitik nach und nach unter der Überschrift „Familienpolitik“ ihren eigenen Charakter verloren hat. Uns geht es ganz zentral um die Beseitigung von Abhängigkeiten, damit Frauen und Männer eine arbeitsteilige und selbstbestimmte Organisation ihrer Lebensentwürfe realisieren können, ohne dabei auf eine notwendige finanzielle Sicherheit zu verzichten. Frauen haben ein Recht auf eine eigenständige Existenzsicherung, unabhängig von Partner oder Partnerin, aber auch möglichst unabhängig von den staatlichen Transferleistungen.

Recht auf eigene Existenzsicherung

Unsere Politik fördert daher familienfreundliche Arbeitszeiten,

betriebsnahe Kinderbetreuungsangebote, Wiedereinstiegsangebote für Eltern nach der Kinderphase, Pflegezeiten für Angehörige sowie Arbeitgeber, die Frauen fördern und Geschlechtergerechtigkeit praktizieren.

Demografischen Wandel als Chance für neue Ansätze in der Frauenpolitik nutzen

Der demografische Wandel sollte für die Frauenpolitik als eine Chance genutzt werden, um die unterschiedlichen Lebens- und Arbeitswelten der Geschlechter erneut zu thematisieren und neue Perspektiven für Frauen zu entwickeln. Dies umfasst insbesondere die Familienplanung, Pflegeverantwortung, ehrenamtliche Arbeit, Verdiener/in sein – all dies sind Tätigkeiten, die geschlechtergerecht zu entwickeln sind und somit in die Verantwortung von Frauen und Männern gleichermaßen gestellt werden müssen. Nur so können Frauen in der Zukunft über ihre allgemein anerkannte soziale Kompetenz hinaus gleichberechtigte berufliche Perspektiven entwickeln.

Dies zu fördern, ist als ein besonderer Auftrag an die Gleichstellungsbeauftragten zu werten.

Schutz vor häuslicher Gewalt: Frauenhaus und Notruf erhalten

Von besonderer Bedeutung ist für GRÜNE auch der Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt. Gewalt in den eigenen vier Wänden ist längst keine Privatsache mehr – der Staat ist in der Verantwortung, Betroffene zu schützen. Dem rot-grünen Gewaltschutzgesetz ist es zu verdanken, dass seit 2002 die Opfer deutlich gestärkt wurden: Der gewalttätige Partner muss gehen und kann der gemeinsamen Wohnung verwiesen werden. Der Schutz betroffener Kinder wurde ausgebaut. Frauenhäuser sind trotzdem weiterhin erforderlich, denn nicht für alle Opfer ist der Wohnungsverweis möglich oder bietet ausreichenden Schutz. Die finanzielle Situation der Frauenhäuser ist aber in vielen Ländern und Kommunen mehr als prekär. Wo schnelle Hilfe in der Not angesagt ist, erleben Frauen auf der Flucht vor häuslicher Gewalt teilweise massive Zugangsbarrieren – das gilt vor allem für Migrantinnen.

Die besonderen Belange von Bürgerinnen mit Migrationshintergrund berücksichtigen

Insbesondere für Migrantinnen gilt auch, dass angesichts spezifischer Hindernisse wie etwa Fremdsprachigkeit oder fehlende Vertrautheit mit dem deutschen Gesundheitssystem nicht sichergestellt ist, dass jede Frau Zugang zu der für sie besten gesundheitlichen Versorgung hat. Das kommunale öffentliche Gesundheitswesen hat die Aufgabe, zusammen mit anderen Verantwortlichen Zugangsbarrieren herauszufinden und abzubauen.

Um der Gefahr von Fehl- und Unterversorgung

Das Prinzip „Mit Migrantinnen für Migrantinnen“ nachhaltig etablieren

entgegenzuwirken, hat sich der Landkreis dem „Drei-Generationen-Projekt Niedersachsen – Gesundheit mit Migranten für Migranten“ (MiMi-Gesundheitsprojekt Niedersachsen) angeschlossen.

Das Projekt folgt dem Grundgedanken, dass Gesundheit und Gesundheitstraditionen familiär verankert sind. Ziel des Projektes ist es, mehrsprachige und kultursensible Gesundheitsförderung und Prävention für Migrantinnen und Migranten anzubieten.

Dazu werden engagierte Migrantinnen und Migranten als interkulturelle Gesundheitsmediatoren gewonnen und geschult.

Wie können wir im Landkreis die angesprochenen frauenpolitischen Belange stärken?

Gleichstellungsbeauftragte stärken

Familienfreundlichkeit als Fördermerkmal in Betrieben etablieren

Koordinierungsstelle „Frau und Wirtschaft“ mitfinanzieren

Mädchen- und Jungenarbeit fördern

Frauenförderpläne beständig evaluieren

Dem tradierten Rollenverständnis von Mädchen und Jungen entgegenwirken

Frauenhaus und Notruf finanziell unterstützen

Migrantinnen undogmatisch und individuell fördern

- Der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten eine neue Wertschätzung zuweisen, Politik fordern, deutliche Anforderungen zu formulieren und Akzente zu setzen – und zwar in jeder Kommune.
- Arbeitgeber und Wirtschaftsförderung sind gefordert, ein besonderes Augenmerk auf die Beschäftigungsverhältnisse von Frauen zu richten und öffentliche Vergaben an die Familienfreundlichkeit von Betrieben knüpfen
- Weitere Mitfinanzierung der Koordinierungsstelle „Frau und Wirtschaft im Landkreis Nienburg“
- Gezielte Förderung von Mädchen und Jungen in der Jugendarbeit unter Berücksichtigung des Gender-Aspektes
- Frauenförderpläne der Gleichstellungsbeauftragten in den Verwaltungen politisch evaluieren
- Der sogenannte „Zukunftstag“ ist auf allen Ebenen zu unterstützen und öffentlichkeitswirksam zu begleiten, um der rollentraditierten Berufswahl von Mädchen und Jungen entgegen zu wirken.
- Das Nienburger Frauenhaus und der Notruf sind weiterhin mit politischer und finanzieller Unterstützung des Landkreises zu fördern.
- Nach dem Prinzip „Mit Migrant/innen für Migrant/innen“ sollen Frauen mit Migrationshintergrund bestmöglich in ihrer jeweiligen Lebenssituation gefördert werden.

Regionalentwicklung

Zukunftsgestaltung durch Bündelung aller gesellschaftlichen Kräfte bewerkstelligen

„Regionalentwicklung heißt Zukunftsgestaltung. Damit der Landkreis Nienburg seine Entwicklungschancen erfolgreich wahrnehmen kann, müssen landkreisweit Kräfte gebündelt werden. Jeder ist aufgerufen, sich für die Zukunft des Landkreises einzusetzen. Kommunen, Verbände, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft müssen miteinander kooperieren.“(Bürgerbroschüre des Landkreises Nienburg)

Nachhaltigkeit als Leitlinie für GRÜNE Regionalentwicklung etablieren

Grüne Regionalentwicklung orientiert sich an nachhaltigen Entwicklungszielen. Sie sieht dabei die Kommunen in all ihren Handlungsfeldern in einer Vorbildfunktion. Dazu gehören zum Beispiel

- die Umsetzung des regionalen Klimaschutzkonzeptes,
- der Ausbau regenerativer Energien,
- eine am Schutz der natürlichen Vielfalt (Biodiversität) ausgerichtete Landwirtschaft sowie
- eine ressourcenschonende Wirtschaft.

Stärken stärken, Bündnisse schließen, Kooperationen bilden

Überregionale Partnerschaften werden zukünftig eine immer größere Rolle bei der Entwicklung einer wirtschaftsstarke Region spielen. Umso wichtiger werden gemeinsame Zielsetzungen wie die Umsetzung von Klimaschutzziele und die Stärkung der wirtschaftlichen Attraktivität in (über-) regionalen Netzwerken wie der „*Region Weserbergland plus*“ oder der „*Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg*“. Interkommunale Zusammenarbeit in ihren möglichen Facetten wird ein Thema sein, dem wir uns nicht verschließen können. Zweckverbandbildungen zwischen Kommunen, Fusionen von Gemeinden, die Vision einer „Regionalstadt Nienburg“ sind Ausdruck solcher Optionen.

Synergieeffekte durch freiwillige interkommunale Zusammenarbeit

Wir befürworten die freiwillige Zusammenarbeit zwischen Kommunen, wenn dadurch Synergieeffekte und Einsparungen erreicht werden. Bei der Planung und Umsetzung sind jeweils ein hohes Maß an Transparenz und Bürgerbeteiligung zu gewährleisten.

Der demografische Wandel bildet eine große Herausforderung für Regionalplanung und -entwicklung. Die Einwohner /innenzahlen gehen im Landkreis mittel- und langfristig deutlich zurück, erste Auswirkungen werden bereits umgesetzt im Bereich der Kindertagesstätten und Schulen.

**Maßnahmen in der
Daseinsvorsorge am
demografischen Faktor
ausrichten**

**Nachhaltige
Siedlungspolitik durch
„Umbau statt Zuwachs“**

**Nahversorgung in
Wohngebieten durch
Beteiligung des
Einzelhandels**

**Flexible Formen des
ÖPNV und Nutzung
des ÖPNV für Pendler
ausbauen**

**Natur und Landschaft
als Stärke begreifen,
sanften Tourismus
weiter entwickeln**

Die älter werdende Einwohnerschaft mit geringeren Geburtenzahlen, mit schrumpfender Anzahl von Erwerbstätigen, mit schwindenden Steuereinnahmen, mit leer stehenden Gebäuden, mit abschmelzender Infrastruktur, mit eingeschränkter Mobilität erfordert neue Ideen für neue Entwicklungen, auch in der Siedlungspolitik. Eine nachhaltige Siedlungsentwicklung wird angebahnt durch das Förderprogramm „Umbau statt Zuwachs“. Dieses steht für den Verzicht auf die Neuausweisung von zusätzlichen Baugebieten. Denn durch weitere Baugebiete wird nicht nur zusätzlicher Freiraum unwiederbringlich zerstört, sondern die Kommune muss die neu geschaffene Infrastruktur auch langfristig erhalten (z.B. Straßen, etc.). Bei sinkenden Bevölkerungszahlen stehen schon jetzt viele Gebäude leer, für die neue Nutzer gesucht werden müssen. Um sie zu erhalten und gegebenenfalls auch umzuwidmen sind mehr Gebäude in Gebäudebörsen einzustellen und damit der Öffentlichkeit anzubieten. Die Innenentwicklung bestehender Siedlungen hat für uns unbedingten Vorrang vor der Ausweisung neuer Baugebiete.

In diesem Zusammenhang ist uns auch ein großes Anliegen, die Nahversorgung in Wohngebieten sicherzustellen. Wir stehen daher für eine direkte Beteiligung des Einzelhandels bei Umgestaltungen im öffentlichen Raum.

Auch Flexible ÖPNV-Formen und der *aktive* Ausbau des *Pendler-Portals*, wohnortnahe Versorgung durch mobile Einrichtungen bei der Versorgung mit Lebensmitteln und bei der Gesundheitsvorsorge erleichtern besonders hinsichtlich der demografischen Entwicklung das Leben in der Fläche.

Die Stärke der „Provinz“ ist eine gute Lebens- und Wohnqualität in schöner Landschaft mit Entwicklungsmöglichkeiten für Freizeit und Naturerleben.

Der Landkreis bietet viel Potential für den „Sanften Tourismus“: Die Lage am deutschlandweit beliebten Fernwanderradweg Weser, ein gut ausgebautes Radwegenetz, Stellplätze für Camper an der Weser, Ausbau von Übernachtungsmöglichkeiten, Reitwegeausbau, Ausweisung von Wandertouren, Umsetzen eines Wasserlandschaftsparks sind einige Beispiele für Entwicklung.

GRÜNE Regionalentwicklung heißt

- Entwicklungen auf allen Gebieten auf ihre Nachhaltigkeit

überprüfen

- den ländlichen Raum stärken durch Bündelung aller gesellschaftlichen Kräfte und Bildung von Kooperationen
- Vorhandene Potentiale stärken bzw. ausbauen
- Bürger/innen an notwendigen Veränderungsprozessen (siehe demografische Entwicklung) beteiligen.

Klimaschutz und Energie

Der CO₂ erzeugende Umgang mit Energie (Erzeugung, Versorgung und der Verbrauch) und die vorherrschende landwirtschaftliche (industrielle) Produktionsweise mit dem hohen Ausstoß an Methan und Stickoxyden sind die entscheidenden Faktoren, durch die der Mensch Einfluss nimmt auf den globalen Klimawandel und verantwortlich ist für die katastrophalen Veränderungen unserer Lebensbedingungen, die daraus erwachsen. Die Bundesrepublik hat als eines der reichsten Länder der Welt und gleichzeitig als ein Land mit enorm hohem Pro-Kopf-Verbrauch an Energie und einem hohen Ausstoß an Treibhausgasemissionen in diesem Zusammenhang eine besondere Verantwortung. Die Verpflichtung, bundesweit klimaschädliche Emissionen drastisch zu verringern, kann nur durch entsprechende politische Weichenstellungen in den Kommunen umgesetzt werden. Nicht zuletzt sind wir angesichts der zu Ende gehenden Verfügbarkeit ausreichender fossiler Energie („Peak Oil“) genötigt, unsere Energieversorgung grundsätzlich umzustellen. Atomenergie bietet nicht erst seit Fukushima keine Perspektive. Sie ist mit gesellschaftlich nicht länger akzeptierten enormen Risiken verbunden. Die Lösung für die Zukunft der Energieversorgung liegt in einer „Effizienzrevolution“ und in einem Umbau der Energieversorgung auf eine vollständig regenerative Versorgung. Darin liegt auch eine riesige Chance für die Volkswirtschaft, insbesondere auch für die kommunale Ebene (siehe Wirtschaftsförderung).

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern und fördern eine Versorgung mit Energie und Ressourcen, die sicher, ökologisch unbedenklich und frei von Treibhausgasen sein soll. Wir halten dieses Ziel der klimaneutralen Energieerzeugung für unseren Landkreis für erreichbar, wenn ausschließlich erneuerbare Energien die Energieerzeugung durch fossile Energieträger ersetzen und alle

**Klimaschädliche
Emissionen verringern**

**„Effizienzrevolution“
und Umbau der
Versorgung als Chance**

**Energie einsparen,
Effizienz steigern,
Erneuerbare Energien
ausbauen**

Möglichkeiten zum Energieeinsparen und zur Steigerung der Effizienz genutzt werden

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine zukunftsweisende kommunale Energiepolitik und einen kommunalen Beitrag zum Klimaschutz:

Klimaschutzkonzept umsetzen und weiterentwickeln

Die aktive Umsetzung und Weiterentwicklung des vom AK „Klimaschutz“ angestoßenen und vom Landkreis erstellten Klimaschutzkonzepts hat das Ziel, den nach Ausschöpfung der Effizienzpotentiale verbleibenden Energiebedarf möglichst deutlich vor 2030 vollständig durch erneuerbare Energien zu decken und einen zusätzlichen Beitrag zur Versorgung von Ballungsräumen zu leisten.

Der Passivhausansatz im Neubau und der Einsatz von Passivhauskomponenten in der Altbaumodernisierung können einen wesentlichen Beitrag leisten, um die erforderliche Energiewende möglichst kostengünstig zu gestalten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher:

Selbstverpflichtungen zu klimaneutraler Bauweise festschreiben bzw. anregen

- Der Landkreis soll sich selbst verpflichten, eigene Neubauten nur noch klimaneutral auf Basis des Passivhausstandards sowie bei Unterhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen seiner Gebäude wo immer möglich Passivhauskomponenten einzusetzen.
- Der Landkreis soll die Kommunen zu ähnlichen Selbstverpflichtungen anregen und zusätzlich zur Nutzung eigenen Baulandes motivieren, um über städtebauliche Verträge oder Kaufverträge die Bauinteressierten zum Passivhausstandard oder einem vergleichbaren Energiestandard anzuhalten.

Demonstrationsobjekte für klimaneutrale Gebäude initiieren

- Der Landkreis soll über die zu gründende Energie- und Klimaschutzagentur Demonstrationsvorhaben klimaneutraler Gebäude im Neu- und Altbau auf Basis des Passivhausansatzes bzw. von Passivhauskomponenten initiieren und die Ergebnisse breit kommunizieren.

Angebote unabhängiger Energieberatung schaffen – besonders unter sozialen Aspekten

- Der Landkreis soll in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen über die zu gründende regionale Energie- und Klimaschutzagentur den Bürgern und Betrieben eine unabhängige und aufsuchende Energieberatung anzubieten. Insbesondere für sozial schwache Familien sollen besondere Hilfestellungen zum Energie(kosten)sparen angeboten werden.

**Windenergiepotentiale
optimal ausschöpfen**

Das Regionale Raumordnungsprogramm (RROP) des LK Nienburg für die Windenergie ist im vorgesehenen Umfang umzusetzen und nach Kräften zu erweitern. Die im Entwurf von 2010 vorgeschlagenen Abstände (450 bzw. 750 m) zu Wohnbebauung sind beizubehalten.

**Die Bevölkerung
„mitnehmen“ durch
transparente Verfahren
und Beteiligung
(z.B. „Bürgerwindpark“)**

Die Befürchtungen der Bevölkerung, durch Geräusche und Schattenwurf geplanter Anlagen belästigt zu werden, müssen sowohl bei der Planung als auch im Genehmigungsverfahren ernst genommen werden. Ziel muss es sein, in einem moderierten Prozess die im Konflikt stehenden Interessen in Einklang zu bringen. Ein Schlüssel hierzu ist die Initiierung regionaler Investorengenosenschaften („Bürgerwindparks“), deren Engagement bei der Vergabe bevorzugt berücksichtigt werden muss.

Außerdem ist den Belangen des Naturschutzes Rechnung zu tragen. Im Landkreis Nienburg liegt der Waldanteil weit unter Landes- und Bundesdurchschnitt. Daher plädieren wir dafür, Wald von Windkraftanlagen freizuhalten.

**Dachflächen und
ungenutzte
Gewerbeflächen für
Photovoltaik nutzen**

Solarthermie kann in Verbindung mit Wärmespeichern zur Bereitstellung von Warmwasser und Heizenergie erheblich beitragen.

Photovoltaik erzeugt umweltfreundlichen Strom, ohne die Atmosphäre zu belasten.

- In Neubaugebieten sind Dachrichtungen so vorzuschreiben, dass sie zur maximalen Nutzung durch Solarenergie zweckmäßig sind
- Geeignete Dachflächen öffentlicher Gebäude sollen umgehend für Solarenergie genutzt werden können, auch durch günstige Vermietung der Flächen an private Investoren.

**Energie aus Biomasse
nur unter Verwendung
von Reststoffen fördern**

Bündnis90/Die GRÜNEN sehen die Problematik der Umstände einer ungezügelter Erzeugung von Energie aus Biomasse. (siehe Landwirtschaft). Die Nutzung dieser Energieform bietet den Vorteil, dass sie unabhängig von Tages-, Jahreszeit und Wetterbedingungen zur Verfügung steht. Um eine umweltschonende Energieversorgung nachhaltig zu sichern, dürfen weitere Anlagen nur dann genehmigt werden, wenn sichergestellt ist, dass sie im Rahmen der technischen Möglichkeiten nur mit Reststoffen beschickt werden und auf eine zusätzliche Beschickung mit Mais oder anderen

Energiepflanzen verzichtet wird.

Zusätzlich fordern wir:

- Genehmigung von Neuanlagen nur nach Aufstellung eines unter ökologischen Gesichtspunkten erstellten Kriterienkataloges
- Einhaltung eines hohen Wirkungsgrades der Biogasanlage (70%) durch konsequente Nutzung der Abwärme
- Nachweis einer 9-monatigen Lagerkapazität für die Gärreste, um das Grundwasser zu schützen

Wirtschaftsförderung

**Leitziele zu
Energieeffizienz,
Ressourcenschonung
und Klimaschutz**

Energieeffizienz, Ressourcenschonung und Klimaschutz sind Merkmale nachhaltigen Wirtschaftens.

Dazu gehört die Nutzung regenerativer Stoff- und Energiequellen sowie Recycling und Vermeidung von Abfällen und schädlicher Emissionen.

Grüne Wirtschaftsförderung nimmt aktiven Einfluss auf energieeffiziente, ressourcenschonende und nachhaltige Produktion. Dazu formuliert sie entsprechende Leitziele.

**Wirtschaftsförderung
als wichtiges Bindeglied
zwischen lokalen
Akteuren verstehen**

Wirtschaftsförderung muss als Bindeglied zwischen unternehmerischer, kommunaler und regionaler Entwicklung wirken. Als gemeinsame Aufgabe von Unternehmen, Kommunen und Landkreis fördert sie Synergien für die Entwicklung einer starken Wirtschaftsregion. Sie fördert die Netzwerkbildung auch mit Akteuren aus dem Bereich der Region Weserbergland plus, der Region Hannover und dem Landkreis Diepholz (siehe Regionalentwicklung).

**Die Energiewende als
einmalige Chance für den
Wirtschaftsraum nutzen**

In der derzeit von fast allen Parteien ausgerufenen Energiewende liegen große Chancen gerade für Kommunen und generell den ländlichen Raum, wenn diese Energiewende vorwiegend dezentral gestaltet wird, bzw. die dezentralen Potenziale vorrangig ausschöpft. Dadurch können regionale Geld- und Wirtschaftskreisläufe gestärkt und auch die Akzeptanz für Maßnahmen erhöht werden, wenn die Bürger und Betriebe vor Ort davon profitieren. Dafür sollten vor allem genossenschaftliche Lösungen für Nahwärmekonzepte, Bioenergiedörfer u. ä. favorisiert werden und generell ein Vorrang für örtliche/regionale Investoren gefordert werden.

Durch eine enge Kooperation der WIN (Wirtschaftsförderung im

Synergieeffekte zwischen WIN und Klimaschutz-agentur nutzen	Landkreis Nienburg/Weser) und der beschlossenen Klimaschutzagentur des Landkreises, kann gemeinsam mit den Unternehmen, den Kommunen und den Bürgerinnen und Bürgern Energieeffizienz- und -sparmaßnahmen und damit auch die wirtschaftliche Entwicklung im Landkreis gefördert werden.
Verfügbarkeit von Hochtechnologie und IT-Dienstleistungen optimieren	Wichtige Voraussetzung bei der Bestandsentwicklung der ansässigen Betriebe ist die bestmögliche Versorgung mit neuen Technologien und moderner IT-Ausstattung. Hier soll Wirtschaftsförderung Unterstützung und Information anbieten.
Regionale Branchenkooperationen und Wertschöpfungsketten aufbauen	Da Ernährung und Lebensmittelverarbeitung einen Branchenschwerpunkt im Landkreis bilden, sollte diese Besonderheit über den Spargelanbau hinaus langfristig zur Profilbildung (Nienburger Label) im überregionalen Wettbewerb genutzt werden. Unternehmensübergreifende Kooperationen sollten auch mit den angrenzenden Regionen angebahnt werden.
Konzepte zur Förderung von Frauen bzw. Familien im Beruf ausbauen	Wirtschaftsförderung auf dem Hintergrund von Fachkräftemangel und demografischem Wandel muss die Frauen/Familien mit in den Blick nehmen. Es gilt, neue Konzepte im Bezug auf Familienzeiten zu entwickeln, die es Frauen gleichermaßen wie Männern ermöglicht, im Beruf zu bleiben und sich weiterzuentwickeln
Interkommunale Gewerbeflächenvermarktung als Strategie für Neuansiedlungen entwickeln	Die Kommunen des Landkreises verfügen über eine reichliche Anzahl von Gewerbeflächen, nur wenige eignen sich durch ihren Standort für Neuansiedlungen. Interkommunale Zusammenarbeit könnte Kräfte bündeln für ein offensives überregionales Marketing.

GRÜNE Wirtschaftsförderung

- formuliert Leitziele
- bündelt Kräfte durch eine Kooperation der WIN mit der zukünftigen Klimaschutzagentur
- fördert den Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten
- stärkt den Bildungs- und Ausbildungsverbund
- setzt sich für die Förderung von Hochtechnologie ein
- fordert Konzepte zur Vereinbarkeit von Frauen und Berufstätigkeit
- setzt sich für interkommunale Gewerbeflächenvermarktung ein
- fördert die „Charta der Vielfalt“ im Landkreis

Landwirtschaft

Der Landkreis Nienburg ist stark landwirtschaftlich geprägt. Von den 139.890 ha Kreisfläche werden rund 60 % (ca. 85.000 ha) landwirtschaftlich genutzt. Aufgrund der guten Bodenqualität wird vorwiegend Ackerbau betrieben, so dass nur rund 14.400 ha als Grünland bewirtschaftet werden. Dementsprechend nimmt die Schweinemast eine zunehmend bedeutendere Rolle ein gegenüber der Milchviehhaltung.

Die derzeitige Subventionspolitik in der Landwirtschaft führt dazu, dass die kostendeckende Bewirtschaftung eines konventionellen Agrarbetriebs nur durch ständige Steigerung des Umsatzes möglich ist. Hierdurch wird eine Spirale von Überproduktion, Preisverfall und weiterer Umsatzsteigerung angetrieben. Diesen Trend zur industriellen Massentierhaltung lehnen wir nicht nur aus Gründen des Tierschutzes sondern ab, sondern auch, weil diese Bewirtschaftungsform klimaschädlich ist und unnötige gesundheitliche Risiken für die Verbraucher zur Folge hat. Darüber hinaus hält vor allem durch Importfuttermittel für große Viehhaltungsbetriebe die Gentechnik Einzug in die breite konventionelle landwirtschaftliche Praxis.

Als Anwalt sowohl der Verbraucher/innen als auch der Landwirte und Landwirtinnen, die in Zukunft gentechnikfrei produzieren wollen, setzen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich dafür ein,

**Bäuerliche
Landwirtschaft als
umwelt- und
ressourcenschonende
Wirtschaftsform
stärken**

**Ausbau von
Massentierhaltung im
Landkreis stoppen**

**Konzept zur Regional
vermarktung entwickeln**

**Grünland vor allem im
Überschwemmungsgebiet
entlang der Weser
erhalten**

**Den Einstieg in einen
gentechnikfreien Landkreis
anstreben**

- die bäuerliche Landwirtschaft als umwelt- und ressourcenschonende Wirtschaftsform durch Aufbau regionaler Märkte zu fördern
- den weiteren Ausbau der Massentierhaltung im Landkreis zu stoppen
- Grünland zu erhalten bzw. regelmäßig überflutete Ackerstandorte in Grünland umzuwandeln, dies auch im Hinblick auf den Hochwasserschutz in den Überschwemmungsgebieten entlang der Weser
- den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen auf kommunalen Flächen auszuschließen, und damit den Einstieg in einen gentechnikfreien Landkreis zu schaffen
- dass Bauern, Bäuerinnen, Gärtner und Gärtnerinnen sich für gentechnikfreien Anbau im eigenen Betrieb

gentechnikfrei und regional erzeugte Produkte in kommunalen Einrichtungen anbieten

entscheiden und v.a. keine gentechnisch veränderten Futtermittel einsetzen

- dass in kommunalen Einrichtungen, wie z.B. Schulen und Kindergärten, nur Lebensmittel aus biologisch kontrolliertem Anbau und zur Stärkung der Landwirte und Produzentinnen vor Ort regional erzeugte Produkte angeboten werden

Biogasanlagen nur mit Reststoffen aus Gartenbau und Landwirtschaft betreiben

Wir betrachten die steigende Zahl der Biogasanlagen im Landkreis mit großer Sorge, sofern sie nicht mit ohnehin anfallenden organischen Stoffen wie Mist, Gülle oder ähnlichem, sondern mit eigens hierfür angebaute Biomasse betrieben werden.

Der Anbau von Mais oder anderen Pflanzen für die Beschickung von Biogasanlagen ist mit vielerlei Nachteilen verbunden:

1. Umwelt und Natur leiden darunter, dass kein Fruchtwechsel mehr stattfindet, dass zu viel Pestizide und Herbizide benötigt werden und dass immer mehr Grünland zu Ackerland umgebrochen wird
2. Die Landwirtschaft hat mit immens steigenden Pachtpreisen für Ackerland zu kämpfen, die sowohl für konventionellen als auch für bäuerliche Landwirtschaft unwirtschaftlich hoch werden
3. Der Anbau von Energiepflanzen trägt zur Verknappung und damit Preissteigerung von Brotgetreide auf dem Weltmarkt bei, wodurch es schon jetzt zu Hungersnöten und sozialen Unruhen in den Ländern des nahen Ostens, des Maghreb und Afrikas kommt.
4. Die für die deutsche Landwirtschaft erforderlichen Futtermittel müssen aus dem Ausland importiert werden. Dabei handelt es sich fast ausschließlich um genveränderte Sojabohnenerzeugnisse, die für die Fütterung von Rindvieh, Schweinen und Geflügel genutzt werden.
5. Mit dem Import von Sojabohnenprodukten sind weitere Nachteile verbunden, die darin bestehen, dass durch den Transport von Südamerika nach Deutschland erhebliche Mengen an Energie verbraucht werden.
6. Der Sojabohnenanbau erfordert den Einsatz von großen (und stets steigenden) Mengen an Pestiziden, was zu gesundheitlichen Nachteilen für die dort lebenden Menschen führt.

7. Die Verdrängung der bäuerlich wirtschaftenden Kleinlandwirte durch die Sojabohnen produzierende Agrarindustrie in Brasilien und Argentinien führt zu sozialer Verelendung.
8. Der Bedarf an Anbauflächen in den genannten Ländern ist eine Ursache für die Abholzung des tropischen Regenwaldes und trägt damit zum Klimawandel bei.
9. Außerdem besteht die Befürchtung, dass diese Biomasse in Zukunft auch in Deutschland mit gentechnisch veränderten Pflanzen erzeugt wird und so die Akzeptanz für die Gentechnik durch die Hintertür gesteigert werden soll.

Natur- und Landschaftsschutz

Lebensräume für heimische Tier- und Pflanzenwelt sichern

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN engagieren sich für den Schutz der biologischen Vielfalt und wollen Lebensräume für die heimische Tier- und Pflanzenwelt sichern.

Der Landkreis Nienburg ist geprägt durch das Wesertal und die angrenzenden Geest- und Moorlandschaften. Die Landwirtschaft ist Hauptgestalter unserer Landschaft. Mit einem Anteil von 5,2 % Naturschutzflächen liegt der Landkreis Nienburg knapp oberhalb, mit einem Waldanteil von 17 % deutlich unterhalb des Landesdurchschnitts.

Biodiversitätsstrategie als Grundlage berücksichtigen

Grundlage für eine zukunftsfähige Entwicklung unseres Landkreises sollten der Landschaftsrahmenplan von 1996 und das Regionale Raumordnungsprogramm von 2003 sowie die Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung 2007 sein.

Darum fordern wir:

Keine weiteren Abbauf Flächen für Torf und Kies ausweisen

- Umsetzung und Fortschreibung der Naturschutzziele des Landschaftsrahmenplans und des Regionalen Raumordnungsprogramms
- Ausweisung von weiteren Naturschutzflächen, auch außerhalb der Moorlandschaften
- Keine weitere Ausweisung von Abbauf Flächen für Torf und Kies
- Verstärkte Bemühungen zum Fließgewässerschutz im Rahmen der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie; z.B. durch Ausweisung von Gewässerrandstreifen und der damit verbundenen Reduzierung von schädlichen Stoffeinträgen

Bemühungen zum Fließgewässerschutz verstärken

**Flächendeckenden
Biotopverbund
aufbauen**

**Maßnahmen zum
Erhalt der Artenvielfalt
vorantreiben**

- Erstellung und Umsetzung eines Konzeptes für einen flächen-deckenden Biotopverbund; z.B. durch Hecken- und Gehölzstreifen, Brachflächen
- Förderung von Maßnahmen zum Erhalt der Artenvielfalt/Biodiversität; z.B. Anlage von Streuobstwiesen, Ackerrandstreifen, Lerchenfenster
- Erhalt und Schaffung von naturnahen Flächen im Siedlungsbereich, naturnahe Pflege öffentlicher Grünflächen
- Naturnahe Waldbewirtschaftung von Kommunalwald

Wasserwirtschaft

Oberflächengewässer

Fast alle Gewässer wurden in der Vergangenheit naturfern ausgebaut, begradigt und ihre Sohle tiefer gelegt. Ziel war es, mehr landwirtschaftliche Flächen wirtschaftlicher nutzen zu können, die Entwässerung der wachsenden Siedlungen zu sichern und die Hochwassersituation der Anlieger zu verbessern. Als Folge davon verarmten die Lebensgemeinschaften der Gewässer erheblich, und es finden sich im intensiv genutzten Landkreis keine natürlichen Gewässer mehr, nur noch wenige naturnahe Gewässer bzw. Gewässerabschnitte.

**Gewässerentwicklungs-
pläne für alle Gewässer
erarbeiten**

**Retentionsflächen wieder
herstellen**

- Zur Verbesserung der Wasserqualität müssen die Nitrat- und Schlammeinträge unbedingt reduziert werden
- Um die ökologische Gesamtsituation zu optimieren, müssen die Unterhaltungsrahmenpläne überarbeitet und Gewässerentwicklungs-pläne für alle Gewässer erarbeitet werden. Die Durchgängigkeit der Bäche, das Anlegen von Gewässerrandstreifen und Profilveränderungen muss endlich umgesetzt und eine eigendynamische Entwicklung zugelassen werden.
- Der Hochwasserschutz muss ökologischer werden durch Schutz und Wiederherstellung von Retentionsflächen und Überschwemmungsgebieten, durch Drosselung von Abflussspitzen aus versiegelten Flächen, und durch Zulassen einer eigendynamischen Entwicklung.

Flussläufe naturnah entwickeln

- Unterhaltungsmaßnahmen Mahd, Krauten, Räumung und Gehölzpflege müssen so selten wie nötig und so schonend wie möglich durchgeführt werden.
- Entwicklung und naturnahe Gestaltung:
 1. Anlegen von Randstreifen, Beseitigung von Böschungs- und Sohlbefestigung sowie ökologischer Sperren wie Wehre,
 2. Zulassung von Mäanderbildung,
 3. Verzicht auf Sohlräumungen, Bau von Sandfängen, Einbringen von Kies und Totholz,
 4. Zulassung von Sukzession auf den Böschungen.

Grundwasser schützen Stickstoffeinträge senken

Grundwasser

Das Grundwasser muss besser vor Verunreinigungen geschützt werden: Vor allem die Stickstoffeinträge sind viel zu hoch, so dass 60% der Ackerfläche des Landkreises einen über dem Grenzwert liegenden Nitratgehalt im Grundwasser aufweisen. Im Übermaß in die Umwelt eingetragener Stickstoff führt zur Verschmutzung des Grundwassers, zur Überdüngung von Gewässern und Landökosystemen, zur Entstehung von Treibhausgasen und versauernden Luftschadstoffen mit nachteiligen Folgen für Klima und Artenvielfalt.

- Die Stickstoffüberschüsse müssen mindestens auf die von Bund und Land für 2010 geforderten 80 kg pro ha und Jahr gesenkt und danach weiter reduziert werden.

Mobilität

Ausbau des ÖPNV; insbesondere für Schüler/innen und Senior/innen fördern

Die meisten Bürgerinnen und Bürger erreichen ihren Arbeitsplatz mit dem Auto, fahren damit zum Einkaufen, zum Sport, in den Urlaub oder zu Freunden und Verwandten und tragen dadurch zu einem großen Teil zu den CO₂-Emissionen und folglich zum Klimawandel bei. Ca. 17 % der weltweiten CO₂-Emissionen entstehen durch den Straßenverkehr. Verbesserungen bieten neue Antriebstechniken für Kraftfahrzeuge. Aber noch mehr kann jede Bürgerin und jeder Bürger unmittelbar einen Beitrag zur CO₂-Minderung leisten durch die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und natürlich die emissionsfreie Fortbewegung zu Fuß und mit dem Fahrrad. Dazu bedarf es eines attraktiven ÖPNVs

und optimaler Radwegenetze. Für eine umweltschonende Mobilität aller Bürgerinnen und Bürger fordern BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

ÖPNV stärken und Werbung intensivieren

- Mit hoher Priorität den ÖPNV im Landkreis ausbauen und finanziell fördern.
- Stärkung des ÖPNV durch umfassende Bewerbung und Information. Sinnvoll ist z.B. als regelmäßige Aktion Bürgerinnen und Bürger an einem Tag kostenlos Bus fahren zu lassen, um die Vorzüge kennen und schätzen zu lernen.

ÖPNV durch vertaktete Abfahrtszeiten attraktiver gestalten

- Um die Nutzung des Busnetzes im Landkreis noch attraktiver zu machen, müssen die Abfahrtszeiten besser vertaktet und der Fahrplan einfacher durchschaubar werden. Die Regelmäßigkeit und Verlässlichkeit des Bus-Systems hat für die Bürger einen hohen Wert und steigert die Fahrgastzahlen, wie der Erfolg des Stadtbus' Nienburg belegt.

Altersgrenze für ermäßigte Fahrkarten auf 18 Jahre anheben.

- Die Altersgrenze für ermäßigte Fahrkarten für Schülerinnen und Schüler muss von momentan 14 auf 18 Jahre angehoben werden, da gerade Jugendliche in ländlicher Region in der Regel auf den Bus angewiesen sind.

Rufbussysteme auf- und ausbauen

- Ein ergänzendes Ruf-Bus-System, wie in Neustadt a. Rbg etabliert, muss auch im Landkreis Nienburg installiert werden. Ruf-Bus-Angebote können immer dann eingesetzt werden, wenn regelmäßig verkehrenden Linienbusse sehr unwirtschaftlich sind. In dünnbesiedelten Gebieten kann ein Ruf-Bus eine dauerhafte und ausreichende Lösung für die Mobilität vieler junger und alter Menschen sein. Für die Planung und Einführung eines solchen Ruf-Bus-Systems müssen zusätzliche Mittel in den Haushalt eingestellt werden.

Initiativen zur Förderung des ÖPNV unterstützen

- Unterstützung für ehrenamtliche Initiativen, die den ÖPNV fördern und sein Angebot verbreitern (z.B. Bürgerbus Loccum).

Bus- und Bahntarife vereinheitlichen

- Vereinheitlichung des Bus- und Bahntarifs innerhalb des Landkreises. Die Bahnstrecken Nienburg-Eystrup, Nienburg-Linsburg und Nienburg-Leese/Stolzenau sollen ebenfalls mit Busfahrkarten genutzt werden können.

Sondertickets der Bahn auch für Busfahrten nutzbar machen

- Sondertickets der Bahn sollen auch für Busfahrten nutzbar sein.
- Ebenso sollen auf alle Buslinien innerhalb des Landkreises das Niedersachsen- und Wochenend-Ticket, sowie die Anschlussticket-Angebote der Bahn akzeptiert werden.
- Die Busabfahrzeiten müssen sich an den Abfahrtszeiten der Bahn orientieren. So soll eine Optimierung der Anbindungen nach Hannover und Bremen erreicht werden.

Effiziente Antriebstechniken für landkreiseigene Fahrzeuge einführen

- Bei der Anschaffung und Beauftragung neuer Fahrzeuge für den Einsatz im Landkreis (z.B. Busunternehmen, BAWN) müssen zwingend moderne und effiziente Antriebstechniken eingefordert werden. Der Landkreis hat eine wichtige Vorbildfunktion.

Alleen, Bäume und Bewuchs an Straßen als strukturgebende Naturelemente erhalten

Alleen, Bäume und Bewuchs entlang vieler Straßen sind strukturgebende Naturelemente im landwirtschaftlich geprägten Landkreis Nienburg/Weser. Zudem sind sie von Bedeutung für den Schutz und Erhalt der heimischen Natur- und Pflanzenwelt. Trotzdem wurden in der Vergangenheit im Zuge von Aus- und Umbaumaßnahmen an Kreis und anderen Straße zahlreiche Bäume abgeholzt. So sollte die Verkehrssicherheit erhöht werden.

Wir setzen uns für eine umweltschonende und effektivere Weise der Verkehrssicherheit ein. Wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fordern, dass vorhandene Alleen und Bäume erhalten werden und die Verkehrssicherheit durch entsprechende Schutzeinrichtungen und Geschwindigkeitsbegrenzungen gewährleistet wird. Diese Maßnahmen reduzieren nicht nur die Unfallzahlen, sondern darüber hinaus auch den Verkehrslärm und den CO₂- und Abgasausstoß.

Radtourismus als Standortfaktor begreifen und fördern

Für BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN haben der weitere Ausbau und die kontinuierliche Pflege des Radwegenetzes in der Region einen sehr hohen Stellenwert. Die Erschließung der Region für FahrradfahrerInnen dient nicht nur als Anreiz, sich im Alltag mit dem Fahrrad fortzubewegen, sondern fördert darüber hinaus - insbesondere durch den überregional bekannten Weserradweg – den sanften, umweltschonenden, naturnahen Tourismus. Das Radwegenetz ist somit ein attraktiver Standortfaktor.